

ERSTIRBT DAS LEBEN IN JEDER ÖFFENTLICHEN INSTITUTION

- Rosa Luxemburg zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus -

Jahrzehntlang stand das Urteil in der kommunistischen Bewegung über Rosa Luxemburg fest. Josef Stalin hat es 1931 in einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift "Proletarskaja Revoluzija" gefällt: "Dies ("zahlreiche Verdienste", d. Verf.) kann aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen und schafft sie auch nicht aus der Welt, dass die linken Sozialdemokraten in Deutschland (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht etc.) zugleich eine ganze Reihe ernstester politischer und theoretischer Fehler hatten, dass sie sich noch nicht von dem menschewistischen Ballast befreit hatten und daher eine ernsteste Kritik seitens der Bolschewiki brauchten."

Was sprach mehr für die Richtigkeit dieses Urteils als der Verlauf der Geschichte selbst? Rosa Luxemburg hatte an der Spitze einer erfolglosen, niedergeschlagenen Revolution gestanden, während Lenin und Stalin eine so erfolgreiche Revolution wie die Oktoberrevolution geführt hatten. Wer sollte bezweifeln, dass es sich genauso verhielt, wie Josef Stalin es beschrieb: "ernsteste Fehler" konnten nur die linken deutschen Sozialdemokraten gemacht haben, Lehrer und "ernsteste" Kritiker konnten nur die Bolschewiki sein.

Es brauchte Jahrzehnte, um Zweifel an dieser Sicht auf die Tagesordnung zu setzen: Waren nicht durch den Verlauf der russischen-sowjetischen Revolution die Erscheinungen in der sowjetischen Gesellschaft aufgetaucht, vor denen Rosa Luxemburg schon 1918 gewarnt hatte? War es nicht ihre Kritik, die sich als richtig erwiesen hat? Das sowjetische "Modell" wurde in der kommunistischen Bewegung zunehmend in Frage gestellt und wie zahlreiche Urteile des Josef Wissarionowitsch Stalin, so kam auch das Urteil über Rosa Luxemburg ins Wanken.



In der BRD begann mit der Studentenbewegung die Verbreitung ihrer Werke. Das Interesse wuchs nicht nur hier, sondern auch im Ausland. Dieses Interesse für Rosa Luxemburgs Werk steht nicht allein. So wie ihre Beiträge vernachlässigt worden sind, ist es anderen Theoretikern revolutionärer Bewegungen ebenfalls ergangen. Das breite Interesse, das Rosa Luxemburg und z.B. in Italien Antonio Gramsci heute finden, lässt sich nur vor dem Hintergrund der Krise erklären, in der sich die kommunistische Bewegung und die verschiedenen Versionen des

"Marxismus-Leninismus" befinden. Es ist aber auch Ausdruck des Prozesses der Erneuerung der kommunistischen Bewegung. Die Tatsache, dass es das "Modell" nicht mehr gibt, hat die Chance eröffnet, die Geschichte der revolutionären Bewegung des eigenen Landes neu zu beurteilen. Das bedeutet auch, dass die Arbeiten und Ideen "vernachlässigter" und verdammter Autoren, die diese Bewegung an führender - oder auch weniger führender - Stelle vertreten haben, heute sehr viel vorURTEILsloser diskutiert und daraufhin überprüft werden können, welchen Beitrag sie zum Verständnis der hiesigen Verhältnisse und zur Lösung der vor uns liegenden gesellschaftlichen Fragen leisten können, als dies vor noch gar nicht so langer Zeit der Fall war.

Rosa Luxemburgs Werk enthält eine Menge Ideen, die es Wert sind, sich mit ihnen im einzelnen auseinander zu setzen: ihre Vorstellungen zur Organisationsfrage, ihre Arbeiten über die Akkumulation des Kapitals, ihre Kritik an den revisionistischen Theorien Bernsteins, an der Haltung der SPD zum Krieg und an der gesamten Entwicklung der Partei bis 1918. Für diesen Beitrag ist eine Beschränkung notwendig. Wenn ich nun im Folgenden einige Gedanken zu Rosa Luxemburgs theoretischen Beiträgen äußere, in denen es um ihre Auffassungen zum Kampf für die Republik in Deutschland und die Diktatur des Proletariats geht, dann geschieht das aus der Einschätzung heraus, dass hierbei Fragen behandelt werden, die für die kommunistischen Bewegung ganz besonders wichtig und ungeklärt sind.

FÜR DIE REPUBLIK

Zum Verständnis der Position der deutschen Sozialdemokratie und auch ihres linken Flügels mit Rosa Luxemburg an der Spitze im Kampf für die Republik ist es nötig, sich die politischen Zustände zu vergegenwärtigen, wie sie in Deutschland bis 1918 geherrscht haben. Marx hat dies auf die Formel gebracht, dass es sich in Deutschland um einen Staat handelt, "der nichts anderes (ist) als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus." (Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S.29) Drei-Klassen-Wahlrecht, ein einflussloses Parlament und eine Verfassung, mit der die Regierung in Krisenzeiten machen konnte, was sie wollte, das waren Erscheinungen, worin sich diese politischen Zustände ausdrückten.

Wie sich diese Zustände zu Lebzeiten Rosa Luxemburgs grundlegend nicht unterschieden von den Zuständen, unter denen Marx und Engels nach 1848 ihre Vorstellungen über den politischen Kampf entwickelt hatten, so beharrte sie darauf, deren Grundsätze zu verteidigen und zur Grundlage des Kampfes der Sozialdemokratie zu machen.

Dies belegt sehr deutlich die Kontroverse zwischen ihr und Karl Kautsky im Jahre 1910, mit dem sie bis zu diesem Zeitpunkt in wichtigen Fragen der Theorie und Praxis der SPD gemeinsam gegen Bernstein und Anhang in der Partei und den Gewerkschaften gefochten hatte.

Hintergrund dieser Auseinandersetzung war ein Anwachsen von Streiks und Demonstrationen, in denen eine Änderung des Wahlrechts gefordert wurde. Sollte die Sozialdemokratie in dieser Situation Maßnahmen ergreifen, um den Kampf offensiv in allen Formen und ganz besonders mit dem Mittel des Massenstreiks führen oder sollte sie sich darauf beschränken, ihre Positionen in den kommenden Wahlkämpfen zu stärken, so lautete die Frage. Dabei waren nicht nur die Mittel Gegenstand der Kontroverse zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, sondern auch die

Ziele.

Wie tief die Gegensätze an diesem Punkt entwickelt waren, äußert sich darin, dass der Artikel, in dem Rosa Luxemburg ihre Position darstellte, weder im VORWÄRTS noch in der NEUEN ZEIT, für die Karl Kautsky als Herausgeber zeichnete, erscheinen durfte. "Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle Erwachsenen," hatte Rosa Luxemburg in diesem Artikel geschrieben, "ohne Unterschied des Geschlechts, ist das nächste Ziel, das uns die begeisterte Zustimmung der breitesten Schichten im gegenwärtigen Moment sichert. Aber dieses Ziel ist nicht das einzige, das wir jetzt predigen müssen. Indem wir in Beantwortung der infamen Wahlreformstümperei der Regierung und der bürgerlichen Parteien die Losung eines wahrhaft demokratischen Wahlsystems proklamieren, befinden wir uns immer noch die politische Situation im ganzen genommen in der Defensive. Gemäß dem alten guten Grundsatz jeder wirklichen Kampftaktik, dass ein kräftiger Hieb die beste Verteidigung ist, müssen wir die immer frecheren Provokationen der herrschenden Reaktion damit beantworten, dass wir in unserer Agitation den Spieß umdrehen und auf der ganzen Linie zum scharfen Angriff übergehen. Dies kann am sichtbarsten, deutlichsten, sozusagen in lapidarster Form geschehen, wenn wir diejenige politische Forderung klar in der Agitation vertreten, die den ersten Punkt unseres politischen Programms ausmacht: die Forderung der Republik." (Rosa Luxemburg, Bd. 2,S.381)

Rosa Luxemburg knüpfte hier an die Ideen von Marx und Engels an. In der Diskussion um den Entwurf für das Erfurter Programm der SPD 1891 hatte zuletzt Engels nicht nur ausdrücklich kritisiert, dass die Forderung nach der demokratischen Republik in diesem Entwurf nicht enthalten war, er hatte auch festgestellt, dass "unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, dass unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten wie Miquel." (MEW 22,S.235).

Knüpfte Rosa Luxemburg mit der Losung der Republik an diese Überlegung an, so lässt sich sagen, dass Kautskys Argumente gegen diesen Beitrag in einer ganz anderen Tradition stehen. Für Kautsky war das eine "völlig neue Agitation und Aktion ", was Rosa Luxemburg hier proklamierte, eine Agitation und Aktion, die die Partei "stets verworfen" hat und für sie "unabsehbare Folgen" haben könnte. (zitiert in "Theorie und Praxis" in: Rosa Luxemburgs Werk Bd. 2, S.380)

Mit solchen Argumenten stand Karl Kautsky in der Tradition solcher Sozialdemokraten, die aus dem Zugeständnis von Marx und Engels, dass es kurz vor und nach dem Sozialistengesetz schlecht angeht, die Forderung nach der Republik in das SPD-Programm aufzunehmen, die Rechtfertigung für die Aufgabe dieses Ziels zu ziehen suchten, die Rechtfertigung einer Art Republikanertums "innerhalb der Grenzen der polizeilich Erlaubten und politisch Unerlaubten" (K. Marx, Kritik des Erfurter Programms, MEW 19,5. 29), für das Marx nur Spott und Hohn übrig hatte. Für Rosa Luxemburg konnte es an diesem Punkt kein Zaudern geben. „Die Losung der Republik“, schrieb sie in dem von Kautsky zensierten Beitrag, „ist also in Deutschland heute unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traumes vom demokratischen Volksstaat oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkerherrschaft, Verpreußung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilerscheinungen der herrschenden Reaktion ." (Rosa Luxemburg,

DIE AKTUELLE BEDEUTUNG

Die Frage stellt sich, was für eine Bedeutung diese Gedanken Rosa Luxemburgs und die damalige Auseinandersetzung für die heutige revolutionäre kommunistische Bewegung haben? Dass wir nun ebenfalls die Losung der Republik aufstellen, darum kann es nicht gehen, denn die Republik haben wir, wenn auch in mieser und schäbiger Form. Erst einmal geht es darum, dass klar wird, wer in unserer Geschichte der Vorkämpfer der demokratischen Republik war: Die Arbeiterbewegung und der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie. Während Liberale und andere Bürgerliche und der rechte Flügel - ja sogar ab 1910 das sogenannte marxistische Zentrum der SPD um Karl Kautsky - die demokratische Republik ganz aufgegeben oder doch immer wieder zugunsten von Kompromissen mit dem halbabsolutistischen preußischen Staat zurückgestellt hatten, waren es Rosa Luxemburg und die Linken in der SPD, die in verschiedensten Formen für dieses Ziel kämpften - kompromisslos. Dies vor Augen macht eine bloß taktische Haltung zu den Rechten, die Bestandteil der demokratischen Republik sind, wie das allgemeine freie Wahlrecht, Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit, unmöglich; erst-recht eine Haltung, diese Rechte zu gering schätzen. Das gilt auch für heute, wenn es nicht mehr um die Erkämpfung der demokratischen Republik geht und das nicht nur in der Hinsicht, dass die demokratischen Rechte immer wieder bedroht sind, sondern auch im Hinblick auf das weitergehende Ziel unseres Kampfes - den Sozialismus. Die Stalin'sche Herrschaft und das heutige System des "realen Sozialismus" haben den Anschein der Unvereinbarkeit zwischen diesen Rechten und Sozialismus hervorgebracht. Ganz besonders Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit der russischen Revolution zeigt sehr deutlich, dass es für sie diese Unvereinbarkeit nicht gab - dass im Sozialismus die demokratischen Freiheiten, für die sie im kaiserlichen Deutschland gekämpft hatte, aufgehoben sind und die Bedingung für die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse darstellen, wie sie aus der Abschaffung des Lohnsystems und jeglicher Klassenherrschaft folgt.

„Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf,“ schreibt sie und das ist nicht auf eine bürgerliche, sondern eine sozialistische Demokratie zugeschnitten, "erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben." Die Aufgabe des Proletariats an der Macht ist es, anstelle der bürgerlichen die sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht aber, sagt Rosa Luxemburg in dieser Kritik an Auffassungen Lenins und Trotzki's, "jegliche Demokratie abzuschaffen". Genauer noch bestimmt sie das Verhältnis von bürgerlicher zu sozialistischer Demokratie, wo sie schreibt: "Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit, nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem Inhalt zu füllen."

Es gibt nun Autoren, die die Meinung vertreten, als es um die Praxis der Revolution ging, sei Rosa Luxemburg von entscheidenden Positionen abgerückt, die sie in diesem Aufsatz bezogen hat. Sie habe die Entscheidung der Bolschewiki kritisiert, anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften, der konstituierenden Versammlung in Russland, die Sowjets zu setzen, selbst habe sie sich aber im November genauso verhalten wie

Lenin; auch sie sei gegen die Einberufung der Nationalversammlung gewesen und habe an deren Stelle die Rätewahl gefordert, damit habe sich auch ihre Kritik an Lenin /Trotzki erledigt.

Dem ist nicht so. In ihrer Kritik geht es nicht in erster Linie um die Frage, konstituierende Versammlung oder Sowjets, sondern um die Frage, welche Bedingungen vorhanden sein müssen, dass die Vertretungskörperschaften nach der Revolution wirklich Organe der sozialistischen Demokratie sind.

Selbst wenn die eine oder andere Kritik an Erscheinungen in der sowjetischen Gesellschaft im Jahre 1918 zu scharf ausgefallen ist, hat sich in folgenden Jahren und Jahrzehnten nicht genau das eingestellt, was Rosa Luxemburg kritisiert hat? Wurden nicht die Wahlen zu den Sowjets in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine reine Farce? Ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit? Wo war und ist die? Freier Meinungskampf? Den sollte es bald nicht mehr geben, weder in der Partei noch in der Gesellschaft; stattdessen sollte es nicht mehr all zu lange dauern und es genügte, eine andere Meinung als Stalin zu haben, um nach Sibirien verbannt oder Opfer eines Hinrichtungskommandos zu werden. Nicht das ist die Leistung, heute, im nachhinein, solche Entwicklungen zu kritisieren und zu verurteilen, die wirklich großartige Leistung hat Rosa Luxemburg vor mehr als 60 Jahren vollbracht, als sie vor dieser Entwicklung warnte und sie in scheinbar unbedeutenden Erscheinungen angelegt sah, wie die, die Sowjetkongresse von drei auf sechs Monate zu verschieben. Dabei ist Rosa Luxemburg heute voll und ganz zuzustimmen, wenn sie schreibt, dass diese Entscheidungen noch nicht einmal die schwersten Fehler darstellen, die setzte sie richtig da an, "wo sie (Lenin und Genossen, d. Verf.) aus der Not eine Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen (in der russischen Gesellschaft, d. Verf.) aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen (Proletariat) als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen."

Hans Weingartz
(Bonner Volksblatt, 9.1.1979)